

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendsausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis für beide Ausgaben 10 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat; davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus im Voraus zahlbar. Vertriebspreis 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 12 Pf. Postbeschlagnahme.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Abendausgabe: Die einpaltige Sonntagsausgabe 80 Pf. Verlagspreis 5 M. Einzahlungen nach Tarif. Postfach 10000: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 000. — Der Verlag behält sich das Recht der Nachdrucknahme ohne Rücksicht auf die Rechte der Verleger vor. Redaktion und Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Dönhofs (A 7) 292-297.

Dietrich mahnt das Bürgertum

Es soll keinem Phantom nachjagen!

Stuttgart, 6. Januar.

Im Mittelpunkt einer Landesversammlung der Deutschdemokratischen Partei Württembergs stand eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich über die Außen- und Innenpolitik. Dr. Dietrich führte u. a. aus:

Das Problem der Reparationen und Schulden hat sich in einem wahren Schnellzugtempo abgewickelt. Die Rotverordnung vom 5. Juni war ein Risikofakt, in dessen Verlauf durch das Eingreifen des amerikanischen Präsidenten die Einstellung aller politischen Zahlungen Deutschlands erfolgte. Das Biggin-Dayton-Komitee hat dann im August gelangt und mit einer ersten Rahmung an alle beteiligten Regierungen, ihrerseits die Bekämpfung der Krise aufzunehmen, geendet. Ueber die deutschen Privatschulden ist eine provisorische Abmachung erfolgt, die eine Stillhaltung veranlasste. Sachen hat der beratende Sonderausschuß bei der B.S. getagt und aus dem Gang der Dinge Schlussfolgerungen gezogen, die dahin gehen, daß von einer Zahlung der geschuldeten Annuitäten durch Deutschland auch im nächsten Jahre keine Rede sein könne, daß im übrigen alle Voraussetzungen des Young-Planes entfallen sind, daß der Weltmarkt nicht zu, sondern abgenommen hat, daß die Kaufkraft des Geldes gestiegen ist und daß so alle Voraussetzungen, unter denen politische Zahlungen Deutschlands, also auch die ungeschuldeten, möglich werden, weggefallen sind. Der Ausschuß hat ausgesprochen, daß die Krise, wenn nicht bald etwas geschieht, das gesamte Europa aufzessen werde und die Transferrierungen von einem Lande zum anderen das augenblickliche Chaos nur verschärfen würden. Ganz besonders wichtig ist aber, was im zweiten Kapitel des Berichtes des Beratenden Sonderausschusses gesagt ist. In einer, wenn auch verlaufeneren Form, ist hier noch ausgesprochen, daß ohne eine gründliche Neuordnung des Reparationsproblems eine Genesung nicht eintreten wird.

Wie allmählich in der Außenpolitik der Kampf der Reparationen und Schulden im Laufe der Jahre auf den Höhepunkt kommen wird, so wird auch die Innenpolitik die schwersten Entscheidungen mit sich bringen. Hinter uns liegt das Jahr der Rotverordnungen. Wenn es gut geht, dann wird alle Welt die Rotverordnungen loben, so sehr sie sie auch jetzt verwirft. Die Rotverordnung vom 8. Dezember 1931, die den schwersten Eingriff in die deutsche Wirtschaft enthält und die in der neueren Geschichte auch nach Ansicht der baseler Sachverständigen ein Gegenstück nicht hat, steht im engen Zusammenhang mit den Zuständen, welche durch die Reparationen und die Fehler der Weltwirtschaft heraufbeschworen sind.

Aber so wichtig der Inhalt dieser Rotverordnung ist, entscheidend für die Zukunft des deutschen Volkes wird der Ausgang des Kampfes sein, der sich in einigen Monaten in der Wahl des Reichspräsidenten entspinnen wird.

Hier wird sich zeigen, ob das deutsche Volk gefonnen ist, einzusehen, daß man nur mit Einsicht, Beharrlichkeit und rücksichtsloser Anspannung aller Kräfte die Not meistern kann, aber nicht dadurch, daß man irgendeinem Phantom nachläuft, das dem deutschen Volke Wunder verspricht. Daß ein großer Teil des Bürgertums zum Nationalsozialismus übergetreten ist, ist ein Zeichen der schlimmsten geistigen Verwirrung. Mit dem Geschrei: Es muß anders werden! ist nichts anzufangen. Das Bürgertum muß sich endlich die Frage vorlegen: Wie stehen die Nationalsozialisten zum Privateigentum, und wie soll das Dritte Reich aussehen, das sie gründen zu wollen erklärt haben. Der Zustand ist heute so, daß nicht nur Kommunisten und Sozialdemokraten das heutige Wirtschaftssystem bekämpfen, sondern auch die NSDAP.

Schon befinden wir uns in einem Zustand, bei dem die Gefahr besteht, daß der Staat in einem Maße in die Privatwirtschaft hineingedrückt wird, die kaum zu ertragen ist. Die ganz großen Gebilde, die seit Kriegsende in Deutschland entstanden, sind eine Gefahr für Volk und Wirtschaft.

Man wirft der Reichsregierung vor (namentlich von nationalsozialistischer Seite), daß sie die schweren Mißgriffe, die manche großen Wirtschaftskapitäne gemacht haben, toleriert; davon ist gar keine Rede. Die Reichsregierung hat sich überall dafür eingesetzt, daß jeder verhaftet und eingesperrt wird, der in unverantwortlicher Weise auf dem Rücken anderer gewirtschaftet hat; so in dem Falle Bahusen in Bremen, so in dem Falle Kagenellenbogen und bei anderer Gelegenheit. Was die Reichsregierung aber nicht kann, das ist, in die Justiz einzugreifen und gegen Personen vorzugehen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, was gegen die Gesetze verstößt, wenn sie vielleicht auch wirtschaftlich Fehlgriffe gemacht haben.

Zum Schluß führte der Redner aus, daß die Außenpolitik nur

Stillhaltung und Moratorium

Frankreichs Forderungen

Paris, 6. Januar.

Havas bestätigt, daß die Unterredung des deutschen Botschafters mit Ministerpräsident Laval und Finanzminister Flandin der Vorbereitung der Reparationskonferenz galt. Nachdem man sich in Berlin auf die Verlängerung der eingefrorenen Kredite um ein Jahr geeinigt habe, stehe dem Zusammentritt der Reparationskonferenz nichts im Wege. Aber der 18. Januar scheine der französischen Regierung wegen der am 12. Januar beginnenden Parlamentstagung zu nahe zu liegen. Da Laval an der Wiederaufnahme der Parlamentsarbeiten teilzunehmen wünsche, werde er zweifellos vorschlagen, die Reparationskonferenz um einige Tage, vielleicht bis zum 25. Januar, zu verschieben. Die französische Regierung wäre grundsätzlich geneigt, Deutschland ein Moratorium, jedoch nicht über den 1. Juli 1934 hinaus, zu gewähren unter der Bedingung, daß die ungeschuldeten Young-Annuitäten von Deutschland während dieser Zeit weiterbezahlt würden, wobei Deutschland wie beim Hoover-Moratorium die Möglichkeit hätte, über diese Summen zu verfügen, und zwar in Form verbürgter Anleihen an die Reichsbahn.

In Übereinstimmung mit weiten und maßgebenden Kreisen des Auslandes hat die Reichsregierung nach wie vor die stärksten Bedenken gegen irgendein neues Provisorium.

Sie hält eine endgültige Lösung für dringend geboten und sie wird bis zu der Lausanner Konferenz und auf der Konferenz selbst dafür eintreten.

Der Termin vom 25. Januar als Konferenzbeginn wird wegen der Gefahr eines Kollidierens mit der Abrüstungskonferenz und einer überstürzten Verhandlungsweise an zünftiger Stelle als viel zu spät erachtet. Es hat indessen den Anschein, als ob dieser Termin immer mehr an Wahrscheinlichkeit gewinnt.

Die deutschen Botschafter in Paris, von Horch, in London, von Neurath, und in Rom, von Schubert, treffen heute in Berlin ein und werden im Laufe des Donnerstag mit Reichskanzler Brüning gemeinsame Besprechungen zwecks Vorbereitung der Konferenzen von Lausanne und Genf abhalten.

Die Meldung des Pariser Vertreters des „Journal de Genève“ über die angebliche Absicht der französischen Regierung, einen Untersuchungsantrag gegen Deutschland zu Beginn der Abrüstungskonferenz zu stellen, wird an zuständiger Stelle ähnlich wie im „Vorwärts“ für eine reine nationalsozialistische Provokation unverantwortlicher Stellen gehalten und es wird entschieden bezweifelt, daß irgendwelche maßgebenden französischen Kreise sich mit derartigen Absichten tragen.

mit Erfolg betrieben werden kann, wenn der Kampf im Innern gedämpft wird. Dabei wird entscheidend sein, ob das Bürgertum neben den staatsbeherrschenden Parteien, Zentrum und Sozialdemokratie, gefonnen ist, sich zusammenschließen, um eine politische Rolle zu spielen. Wenn dieses Bürgertum allerdings den Glauben an sich selbst aufgibt, und Parteien nachläuft, die seine Vernichtung auf ihre Fahne geschrieben haben, dann kann man ihm für die Zukunft nur eine gefährliche Prognose stellen.

Die Kranzniederlegung

Am italienischen Truhdentmal in Bozen (Südtirol) legten die Nazi einen Kranz nieder.



„Und nun singen wir dreistimmig das schöne Lied: Ade, mein Land Tirol!“

Hochwasser der Mulde.

Deffau und seine Umgebung gefährdet.

Deffau, 6. Januar.

Die Hochwasserlage um Deffau hat sich weiter verschärft. Die Gefahr ist aufs höchste gestiegen. Die Orte Jechnik und Ragaha sind von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Der Wasserfall, einem Stadtteil von Deffau, droht die größte Gefahr. Sämtliche Zugmannschaften sind eingesetzt worden, um die Dämme zu schützen. Bei Dollnitz ist der Damm bereits gebrochen.

Muldedamm gebrochen.

Nach einer späteren Meldung ist die Stadt Jechnik heute vormittag vollständig vom Verkehr abgeschnitten worden. Ein Kommando der Deffauer Schupo hält in der Stadt die Ordnung aufrecht und trifft Hilfsmassnahmen. Gegen Mittag trifft die Meldung ein, daß der Muldedamm bei Ragaha in einer Breite von 10 Meter gebrochen ist. Die reichenden Wassermengen fluten über Acker und Wiesen und bedrohen ernstlich die Ortschaften Solnik und Kleutich. In Deffau sind alle Massnahmen getroffen, um schleunigst Hilfsaktionen durchzuführen. Das Reichsbanner hat seine Mannschaften zur Nothilfe alarmiert.

Möbeltransportarbeiter streifen.

Gegen Rotverordnungs-Lohnkürzung von 14 Proz.

Durch Schiedsspruch wurden die Löhne der Möbeltransportarbeiter um etwa 14 Proz. gekürzt, so daß sie für ständige Arbeiter 49 M. wöchentlich und für unständige 9,80 M. täglich betragen. Weil das Trinkgeld mit 1 M. je Wagen mehr tariflich festgelegt ist und so zum Lohn gerechnet wurde, geht die Lohnkürzung über den 10prozentigen Lohnabbau hinaus. Dabei dürfte nicht übersehen werden, daß der Möbeltransport bis vier Treppen hoch eine recht anstrengende Arbeit ist und die Arbeiter meist darauf angewiesen sind, unterwegs in einem Lokal einzufahren, um etwas zu essen und zu trinken.

Der Gesamtverband muß im Hinblick auf die Rotverordnung die Verantwortung für den Streik ablehnen, der gestern abend in einer Versammlung beschlossen wurde, in der die unständigen Arbeiter in der Mehrheit waren.

Von rund 1000 Beschäftigten streifen etwa 600 Mann.

Der Brest-Prozess geht zu Ende und so hat man das Buch des Rechtsanwalts Hofmann-Nitrowski über diesen Prozess, das gleich nach Erscheinen beschlagnahmt wurde, freigegeben.

